

Pressemitteilung Psychotherapeutenkammer Bremen Febr. 04

Politik zeigt sich beratungsresistent

Trotz Proteste Kürzungen in der Erziehungs- und Schülerberatung

Die Psychotherapeutenkammer bedauert, dass die Sozial- und Gesundheitsbehörde weiterhin an den Kürzungen von psychologisch-psychotherapeutischen Fachkräften in der Erziehungsberatung und im schulpсихologischen Dienst Bremens festhält. Obwohl alle Fachgremien innerhalb und außerhalb der Behörde sich im vergangenen gegen eine Reduzierung ausgesprochen hatten, scheint die Behörde unverdrossen die Vorgabe der Koalitionsvereinbarung zwischen Bremer SPD und CDU umzusetzen, die Dienste an vier Standorten zusammenzulegen und in diesem Zuge sechs Beraterstellen einzusparen. Die Politik beweist damit erneut, wie beratungsresistent sie gegenüber fachlich begründeten Urteilen ist.

Axel Janzen vom Vorstand der Bremer Psychotherapeutenkammer: „Mittel- bis langfristig ist es teurer, die Stellen einzusparen. Steigende Desintegration in Schulen und in der Familie, Jugenddelinquenz, Suchtproblemen etc. erfordern präventive Maßnahmen. Die Beratungsstellen leisten einen wichtigen Beitrag zur Kostenverringering, weil sie niedrigschwellige Angebote machen, eine frühzeitige Diagnostik betreiben und angemessenen Hilfsangebote anbieten und organisieren.“

Die Psychotherapeutenkammer Bremen sei bereit, den von der Sozial- und Gesundheitssenatorin eingeleiteten Prozess der Qualitätssicherung und –erweiterung zu unterstützen. Die Reduzierung von psychologisch-psychotherapeutischem Personal sei jedoch der falsche Weg. Im Vergleich mit anderen Großstädten liegen die Fallzahlbelastung der Bremer Beratungsstellen z.T. heute schon deutlich höher. Einerseits sei der Rechnungshofbericht, der die Grundlage der Kürzungsabsichten war, wegen offensichtlicher Mängel zurückgezogen worden, andererseits werden die darin enthaltenen Vorschläge munter weiterumgesetzt.

Die Psychotherapeutenkammer Bremen fordert die Sozialsenatorin auf die Pläne zur Reduzierung der Psychologenstellen in der Erziehungsberatung und des Schulpсихologischen Dienstes zu revidieren und die mittel- bis langfristigen Folgen dieser Überlegungen neu zu bewerten.